

Gunter Schubert

Chinas Zukunft – Imperium, nicht Hegemonie

Die Frage nach den Folgen des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs Chinas für Asien und die Welt beschäftigt seit Jahren gleichermaßen die mediale Berichterstattung, Denkfabriken und natürlich auch die Chinaforschung. »Aufsteigende Weltmacht«, »neue Supermacht«, mindestens aber »regionale Führungsmacht« – das sind nur einige der Etikettierungen, mit denen man den globalen Einflussgewinn Chinas terminologisch auf den Punkt zu bringen versucht. Viele Beobachterinnen und Beobachter konstatieren, dass China sich im Prozess einer außenpolitischen Positionsbestimmung befindet und dabei zwischen robuster einzelstaatlicher Interessendurchsetzung und der Bereitschaft zu multilateraler Kooperation laviert. Die meisten Expertinnen und Experten im »Westen« tendieren jedoch immer stärker dazu, den politischen Aufstieg Chinas auf Grundlage der theoretischen Prämissen des »offensiven Realismus«¹ zu interpretieren und erwarten einen militärischen Ausscheidungskampf mit den USA. Andere Stimmen, vor allem aus China selbst, sprechen stattdessen von einer unvermeidbaren und legitimen Rückkehr des Landes in den Kreis der »großen Nationen« und setzen – ebenfalls einer »realistischen« Weltsicht folgend – auf ein »multipolares« internationales Gefüge, in dem sich die einzelstaatlichen Machtpotenziale und Interessen gegeneinander ausgleichen und die Bereitschaft zu rationalen multilateralen Arrangements ein stabiles – und damit friedliches – Gleichgewicht erzeugt.² Was sich durch das Erstarren des »Reichs der Mitte« über der Welt zusammenbraut, ist jedenfalls eine der großen Fragen der Gegenwart.

Auffällig ist der in jüngerer Vergangenheit zunehmend in der medialen Debatte und in zahllosen, oft mit enormer emotionaler Begleitsemantik aufgeladenen Büchern über das gegenwärtige China auftauchende Begriff des *Empire*. China, so wird analysiert, entwickle sich zu einem weltpolitischen Gravitationszentrum, das militärische Eroberungszüge durch globale Investitionspolitik ersetzt, die die Staaten in der chinesischen Peripherie,³ aber auch in weiter entfernten Regionen außenwirtschaftlich knebelt und Chinas geopolitischen Interessen unterwirft.

- 1 Prominentester Vertreter dieser Theorie der Internationalen Beziehungen ist John Mearsheimer (2014).
- 2 Die »multipolare Weltordnung« ist das Kernkonzept, das der außenpolitischen Strategiedebatte in China seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zugrunde liegt. Die Schaffung einer multipolaren Welt (*duojie shijie*) wurde vom damaligen KP-Generalsekretär Jiang Zemin auf dem 14. Kongress der KP China 1992 als Voraussetzung für eine gerechte und friedliche Welt sowie als Zielperspektive für die chinesische Außenpolitik definiert.
- 3 »Peripherie« meint hier, im engeren Sinne, die Anrainerstaaten der Volksrepublik China und, in weiterem Sinne, jene auch weiter und weit entfernt liegende Staaten, die von Bei-

Gleichzeitig wappne sich China militärisch, um seine kontinentalen und maritimen »Geländegewinne« abzusichern und sich für den unvermeidbaren Konflikt mit jenem anderen *Empire* zu rüsten, das die Weltgeschichte seit dem Ende des Kalten Krieges bestimme – nämlich die USA.⁴

In der wissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen ist das *Empire*-Konzept nach Ende des Ost-West-Konflikts wiederholt herangezogen worden, um über den Zustand und die Zukunft der internationalen Ordnung zu debattieren, vor allem im Hinblick auf die Rolle der USA als »einzig verbliebener Supermacht«.⁵ Damit einher ging eine konzeptionelle Auseinandersetzung über die Unterscheidung von Hegemonie, dem vorherrschenden Begriff bei der Analyse globaler Ordnungen, und *Empire* mit zahlreichen Versuchen, beide typologisch »sauber« voneinander abzugrenzen.⁶ Dahinter stand nicht nur das Bemühen um terminologische Trennschärfe, sondern auch eine normative Positionierung im Hinblick auf die Bewertung des globalpolitischen Handelns der »großen Mächte« – vor allem die USA, Russland und zunehmend auch China.

Empire wurde und wird dabei häufig als idealtypischer Endpunkt eines Kontinuums staatlicher Machtentfaltung konzeptualisiert, die durch militärische Einschüchterung oder Unterwerfung anderer Staaten, territoriale Expansion, die Verfolgung geoökonomischer Interessen sowie, damit verbunden, eine aktive »Peripheriepolitik« gekennzeichnet ist. Peripheriepolitik zeichnet sich vor allem durch die Bereitstellung von »Clubgütern« wie Sicherheit und wirtschaftliche Privilegien (Kredite, Infrastrukturinvestitionen, Freihandelsabkommen) aus, um willfähige Klientel- oder Satellitenstaaten an das *Empire* zu binden und ihm zu unterwerfen. Auf der anderen Seite dieses Kontinuums steht die *Hegemonie*, die durch die politische Führung eines mächtigen Staates entsteht, der als *primus inter pares* globale öffentliche Güter bereitstellt (und diese gegebenenfalls überproportional finanziert) und dadurch eine von allen anderen Staaten anerkannte, mindestens aber tolerierte internationale Ordnung schafft. Das Imperium ist, so betrachtet, eine vor allem auf Zwang, Territorialität und exklusive Mitgliedschaft aufgebaute Herrschaftsordnung, während die Hegemonie auf tendenziell freiwilliger Mitgliedschaft und dem Ideal eines globalen garantierten Gemeinwohls basiert. Da es sich um ein Kontinuum handelt, existieren hegemoniale und impe-

jing als wichtige Adressaten chinesischer Globalpolitik identifiziert wurden, die ihrerseits eine enge Bindung dieser Staaten an das imperiale Zentrum betreibt – vor allem durch Infrastrukturinvestitionen, Kredite, die Bereitstellung von »Clubgütern« und politische Unterstützung, etwa in den Vereinten Nationen.

- 4 »Reißerische« Titel wecken dabei Emotionen, die oft auch den Duktus dieser Publikationen prägen. Vgl. etwa Sieren 2013; Reichardt 2020; Hamilton, Ohlberg 2020.
- 5 Vgl. unter anderem Cox 2005; Walt 2005; Ferguson 2008.
- 6 Vgl. dazu die gehaltvollen, einen guten Überblick über die Diskussion verschaffenden Aufsätze von Destradi 2010; Prys, Robel 2011; Baumann, Dingwerth 2015; ferner die Einleitung in Menzel 2015; und meine kritischen Ausführungen dazu in Schubert, Land 2021.

riale Ordnungen abgestufter Intensität, wobei die Abgrenzung der jeweiligen Kategorien häufig schwierig ist.⁷

Vor dem Hintergrund der skizzierten Unterscheidung von Imperium und Hegemonie gibt es, so jedenfalls der wissenschaftliche Mainstream, heute keine Imperien mehr, sondern nur noch Hegemonien – vor allem die von den USA seit dem Zweiten Weltkrieg angeführte, weltweit ausgreifende hegemoniale Ordnung, welche heute allerdings zunehmend mit den Ansprüchen Russlands und Chinas konfrontiert ist, vollständige Kontrolle über ihre jeweiligen Einflussbereiche zu erlangen und eigene hegemoniale Ordnungen errichten zu wollen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Sicht der Dinge der Realität Genüge tut – vor allem mit Blick auf den chinesischen Fall. So spricht einiges dafür, dass China keine hegemoniale Führungsrolle ansteuert, sondern sich auf dem Weg zu einem modernen *Empire* befindet und dabei bereits eine erhebliche Wegstrecke zurückgelegt hat. China schafft durch sein globalpolitisches Handeln eine neue imperiale Ordnung, die die hegemoniale Struktur der modernen Staatenwelt zunehmend überlagert und dabei verändert. Am stärksten ist dies bisher in Asien zu spüren – aber nicht nur dort.

1. Was ist ein Imperium?

In der in den Geschichts- und Politikwissenschaften in den frühen 2000er Jahren vor allem mit Blick auf die »einzig verbliebende Supermacht« USA intensiv geführten Diskussion über die neue Weltordnung hat Herfried Münkler einen nützlichen Kriterienkatalog zur analytischen Beschreibung von Imperien vorgelegt, der sich vor allem aus den Erkenntnissen der vergleichenden Geschichtsforschung speist und aus der politikwissenschaftlichen Engführung des Konzepts herausführt.⁸ Im Folgenden werde ich die wichtigsten Kriterien dieses Katalogs auf das außen- beziehungsweise globalpolitische Handeln und Selbstverständnis Chi-

7 Manche Autorinnen und Autoren plädieren für zusätzliche kategoriale Abstufungen, wobei auch hier neben dem analytischen Ziel eines typologischen »Feinschliffs« das normative Ziel steht, die Dichotomie zwischen *Empire* und Hegemonie zu entschärfen und auf alternative, mitunter »nicht-westliche« Konzepte zur Erfassung und Gestaltung der globalen Ordnung zu verweisen. Vgl. etwa mit Blick auf eine Konzeptualisierung des chinesischen *Tianxia*-Konzepts Babones 2020. Interessant ist die Frage, wann beziehungsweise unter welchen Bedingungen sich eine Hegemonie in ein Imperium verwandelt oder aber ein Imperium in eine Hegemonie. Obwohl eine Erörterung dieser Frage hier zu weit führen würde, soll auf einen zentralen Punkt hingewiesen werden: Eine solche Transformation ist wesentlich darin zu erkennen, dass der Zugang zu bisher von einer hegemonialen Macht bereitgestellten globalen öffentlichen Gütern beschränkt und diese damit zu »Clubgütern« werden; oder aber imperiale »Clubgüter« der internationalen Staatengemeinschaft zugänglich gemacht werden und sich eine imperiale Macht damit in einem hegemonialen *primus inter pares* verwandelt. Siehe dazu auch Schubert, Land 2021.

8 Münkler 2005. Mit China hat sich Münkler in diesem Buch allerdings nur am Rande befasst.

nas in der Ära Xi Jinping anlegen, die 2012 anbrach.⁹ Ich meine, dass eine an Müncklers Zugriff orientierte imperiumtheoretische Perspektive den Blick für die sich unter chinesischem Einfluss derzeit »subkutan« vollziehende Formierung einer neuen regionalen Ordnung in Asien, und möglicherweise darüber hinaus, sehr viel mehr schärft als ein hegemonietheoretischer Zugriff. Vor allem möchte ich zu einer kritischen Diskussion über die in der Politikwissenschaft weit verbreiteten Meinung anregen, China könne allenfalls nach einer neuen hegemonialen Ordnung unter seiner Führung streben, da die Zeit der Imperien spätestens mit dem Untergang der Sowjetunion an ihr Ende gekommen sei.¹⁰

Was kennzeichnet ein *idealtypisches* Imperium? Dieses hat *erstens* keine klaren Grenzen, sondern verfügt über ein imperiales Zentrum und eine sich daran anschließende »Raumtiefe« nach unten abgestufter »Zivilität« und damit also über eine »Peripherie«, die – historisch betrachtet – dort endete, wo das Zentrum seine Autorität beziehungsweise Herrschaftslegitimation an die »Barbaren« verlor. So entsprachen die Grenzen der großen Land- und Steppenimperien, etwa der Mongolen im 13. und 14. Jahrhundert, der Reichweite der militärischen Kontrolle des Zentrums. Diese waren nie »hart«, sondern wurden durch regelmäßige Beutezüge und eher »osmotische« Grenzbefestigungen markiert – man denke hier etwa an den römischen *Limes* oder die chinesische Mauer.¹¹ Die Grenzen der maritimen Imperien, die über kein zusammenhängendes Territorium verfügten, wurden wiederum durch den Einsatzradius der imperialen Flotte beschrieben. Imperien waren also gleichermaßen konkret wie abstrakt: Sie überwölbten andere Vorstellungen und Formen räumlicher Ordnung – Stämme, Königreiche oder frühe staatsähnliche Verbände –, ohne diese immer zu vernichten.¹² Vielmehr

- 9 Die Fokussierung auf Müncklers Theorie folgt pragmatischen Überlegungen, da sie eine der wenigen ist, die einen diachronen und systematisch-analytischen Vergleich des außenpolitischen Verhaltens von Imperien ermöglicht. Ein großer Teil der zahlreichen Studien, die in den letzten ca. 15 Jahren zum Thema veröffentlicht worden sind, beschäftigt sich vornehmlich mit imperialer *Governance*, also der Frage, welche Institutionen und Dynamiken die sehr heterogenen Imperialreiche zusammengehalten haben. Vgl. etwa Darwin 2007; Burbank, Cooper 2010; Crooks, Parsons 2016; Kumar 2017.
- 10 So wird das Imperium durchweg als *idealtypischer* Endpunkt eines Kontinuums politischer Ordnungen konzeptualisiert, nicht als tatsächlich existierender Ordnungsentwurf.
- 11 Der *Limes* des römischen Imperiums, ebenso wie die Große Mauer in China, müssen vor allem als symbolische Markierungen eines imperialen Herrschaftsanspruchs gelten und erst in zweiter Linie als militärisch »hart« abgesicherte Grenzen für ein fest definiertes Territorium. Sie erlaubten, zumindest in Friedenszeiten, einen intensiven Personen- und Warenverkehr zwischen den Gebieten dies- und jenseits der Grenze und bildeten auch Kristallisationspunkte für einen Kulturaustausch zwischen den benachbarten Völkern.
- 12 Natürlich gab es auch gewaltsame Unterwerfung oder substantielle Eingriffe in die Verwaltung erobert Gebiete. Die meisten Imperium versuchten jedoch, den damit zusammenhängenden finanziellen Aufwand so gering wie möglich zu halten, und setzten auf die Kooptierung einheimischer Eliten.

wurde die Peripherie durch das Institut der Tributpflicht auf das imperiale Zentrum ausgerichtet und zur symbolischen Unterwerfung gezwungen, konnte damit aber ihre politische Eigenständigkeit weitgehend erhalten.

Es ging dem chinesischen Reich nicht primär um eine militärische Unterwerfung und administrative Inkorporierung der Peripherie, sondern um deren Anerkennung der Suzeränität des Kaisers durch das Angebot friedlicher, wenn auch asymmetrischer Beziehungen.¹³ Der außerhalb der Peripherie stehende »Barbar« wiederum symbolisierte eine existenzielle Bedrohung der imperialen Grenzen von außen. Wenn er sich der Oberhoheit des Reiches nicht unterwerfen wollte, musste man ihn bekämpfen und »zivilisieren« – so jedenfalls das herrschaftsideologische Narrativ.¹⁴ Diese normative Grundstruktur des Herrschaftsanspruchs eines Imperiums kommt auch in der heutigen Zeit zum Tragen. *Zweitens* betreibt ein *Empire* zu seiner eigenen Bestandssicherung aktive Peripheriepolitik. Dies bedeutet mitnichten eine ausschließliche Fokussierung auf die militärische Kontrolle der imperialen Außengrenzen – eine Anstrengung, die viele Imperien in der Geschichte bald überforderte und sie erodieren ließ. Eine kluge Peripheriepolitik stabilisiert die Außengrenzen vielmehr durch Investitionen, um auf diese Weise eine – normativ jedenfalls so formulierte – Verbindung wechselseitigen Nutzens zwischen Peripherie und Zentrum herzustellen.¹⁵ Modern gesprochen, handelt es sich um eine Politik des Schaffens von räumlicher Konnektivität beziehungsweise wirtschaftlicher Integration im Reich. Somit verfolgt ein »aufgeklärtes« *Empire* immer auch ein geökonomisches Projekt, und kluge imperiale Politik achtet darauf, seine diesbezüglichen Möglichkeiten nicht zu überdehnen.

Drittens überzeugt ein Imperium sich selbst und die ihm untergebenen Entitäten von seiner moralischen Glaubwürdigkeit und Überlegenheit, indem es einer, oft

- 13 Vgl. hierzu unter anderem Womack 2012. Damit soll aber keinesfalls gesagt sein, dass die imperiale Realpolitik im Hinblick auf die Tributstaaten und die »Barbaren« über lange historische Perioden hinweg nicht sehr wohl von militärischen Motiven geprägt war.
- 14 So galt der Barbar als »unzivilisiert«, weil er sich der durch den »Himmel« legitimierten Autorität des Kaisers nicht unterwerfen wollte und im schlimmsten Fall eigene Herrschaftsansprüche gegenüber dem chinesischen Reich formulierte. Die Dichotomie »Reich vs. Barbaren« stellte sich in der Realität der chinesischen Außenbeziehungen natürlich meistens anders dar. So waren die chinesischen Kaiser um möglichst einvernehmliche Beziehungen zu jenen »Barbaren« bemüht, die die Außengrenzen des Reiches massiv bedrohten und denen militärisch nicht beizukommen war. Auch die vielen Verheiratungen von Angehörigen des Kaiserhofs mit der Elite der notorischen Steppenvölker im Norden des Reiches verweisen auf den Tatbestand realpolitisch bedingter Kompromisse mit dem chinesischen »Zivilisationsparadigma«. Zudem waren die Grenzregionen meistens von einem intensiven grenzüberschreitenden Handel geprägt.
- 15 Die Validität dieser Behauptung ist eine empirische Frage, deren Beantwortung oft genug von der Wahrnehmung und Interpretation der Herrschaftseliten des »Klientelstaats« abhängt und nicht von der Existenz tatsächlicher Ausbeutungsverhältnisse.

ins Sakrale gesteigerten, Mission zu folgen behauptet.¹⁶ Diese Mission verspricht Frieden (Sicherheit) und Prosperität (Entwicklung). Ohne ein *Empire*, so lautet das imperiale Credo, ist dauerhafter Frieden nicht möglich, denn nur die imperiale Ordnung garantiert die Aufrechterhaltung von Sitte, Anstand und Gerechtigkeit. Gleichzeitig verspricht das imperiale Zentrum den Reichsbürgerinnen und -bürgern Prosperität, das heißt nationale Entwicklung und individuellen Wohlstand, die durch den Frieden und die »Zivilisierungsinvestitionen« des Reiches gewonnen werden: Frieden und Prosperität, so die imperiale Logik, verstärken sich in einem wechselseitigen Prozess, durch den auch die Macht des Reiches zunehmend gefestigt wird.

Viertens setzt ein *Empire* die Regeln für die Ordnung im Reich und folgt dabei allein dem Imperativ seiner imperialen Interessen. Es ist also keiner anderen (höheren) Ordnung unterworfen beziehungsweise nimmt eine heilige Ordnung für seine Herrschaftslegitimation in Anspruch. Das Gesetz ist somit ein Instrument des Imperiums und nicht ein exogenes Regulativ für imperiale Belange. Das Imperium beruft sich dabei auf die uneingeschränkte Autorität seiner Rechtsinstitutionen, die sich aus der Faktizität der imperialen Herrschaft und deren ideologischer (religiöser) Legitimierung speist.

2. China in der Ära Xi Jinping

Lassen sich diese idealtypischen Charakteristika eines Imperiums nunmehr heranziehen, die Außenpolitik Chinas unter Xi Jinping, der im November 2012 zum neuen Generalsekretär der KP China und im März 2013 zum neuen Staatspräsidenten der Volksrepublik China gewählt wurde, zu plausibilisieren? Gibt es also gute Gründe, darin imperiales, nicht aber hegemoniales Verhalten zu erkennen? Die folgenden Beobachtungen sind für diese Einschätzung von Bedeutung.

1. Der chinesische Einfluss ist schon längst weltumspannend: China investiert in großem Stil in Afrika, Lateinamerika, Ozeanien und zunehmend auch in Europa. Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der »globalen Peripherie« von China nimmt entsprechend zu. Es gibt kritische, teilweise frequenzhohe Stimmen, die vor dieser Einflussnahme warnen, vor allem im Westen. Doch ihnen gegenüber stehen die Eliten vieler Staaten, die sich in den letzten Jahren China zugewendet haben. Diese ziehen letztlich nur die rationale Konsequenz aus einer globalen Machtverschiebung und neuen geopolitischen Realität mit dem Ziel, in diesem Prozess die eigenen Interessen so weitgehend wie möglich zu wahren. Diese bestehen vor allem in wirtschaftlicher

16 Die sakrale Kontextualisierung imperialen Missionsdenkens basierte auf der theokratischen Legitimierung imperialer Herrschaft, die für viele Imperien, in unterschiedlichen Abstufungen, kennzeichnend war. Der römische und der chinesische Kaiser waren durch die Götter beziehungsweise den »Himmel« legitimiert, der ottomanische Sultan berief sich auf die Stellvertretung Mohammads und damit auf die legitime Führung des Kalifats. Das englische Kolonialreich ruhte auf einem zivilreligiös unterlegten Fortschritts- und Zivilisierungsglauben. Die Liste ließe sich fortsetzen.

und sozialer Entwicklung. So macht China bereits seit Jahren strategische Angebote an die Länder des »globalen Südens« in der Form von Infrastrukturinvestitionen, Krediten, Freihandelsabkommen, Technologietransfer und der Bereitschaft, den Zutritt zu diesen »Clubgütern« nicht an politische Konditionalitäten – vor allem die Einhaltung »westlicher Standards« von Menschenrechten und demokratischer Bürgerpartizipation – zu binden. Die Kritik an diesen Angeboten ist sichtbar scharf: Chinesische Investitionen führten in »Schuldenfallen« und damit zu langfristigen politischen Abhängigkeiten; China erschleie sich Rohstoffökonomien und günstige Absatzmärkte für die industriellen Überkapazitäten im eigenen Land und schaffe neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse, die die Ökonomien der »Klientelstaaten« deformierten und diesen damit die Möglichkeit für einen eigenen Entwicklungsweg nähmen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Chinas geoökonomisches Ausgreifen in die Peripherie den dortigen Staaten einen Zugang zu dringend benötigten Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur ihrer Gesellschaften ermöglicht, um nicht weiter von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden.

2. Der Wirkungsgrad aktiver chinesischer Peripheriepolitik ist durch die *Belt-and-Road-Initiative*, das Projekt einer neuen kontinentalen und maritimen Seidenstraße, im eurasischen und südostasiatischen Raum seit längerem deutlich spürbar. Mehrere Ziele Chinas sind dabei erkennbar und auch explizit von der chinesischen Regierung formuliert worden: Erstens, das Vertrauen und das Wohlwollen der Peripherie zu gewinnen und die Interessen dieser Staaten an wirtschaftlicher Entwicklung mit dem Ziel Chinas zu verkoppeln, einen sich von Eurasien und Südostasien über den Mittleren Osten und Afrika bis nach Europa und sogar Lateinamerika erstreckenden »Konnektivitätsraum« zu erschaffen; zweitens, einen institutionellen Rahmen mit Regeln zu setzen, der nicht mehr gegen den Willen Chinas verändert werden kann;¹⁷ und drittens schließlich, eine neue globale Ordnungsvorstellung zu bewerben, in der China selbst als Normgeber und Garantmacht für Frieden und Entwicklung auftritt. Tatsächlich zeigt sich an der chinesischen »Seidenstraßeninitiative«, wie sich eine neue imperiale Ordnung über die Staaten, Regime und supranationalen Organisationen Asiens legt. Deren Funktionalität wird nicht etwa untergraben oder gar zerstört, sondern auf chinesische Interessen »umgeeicht«. Dies gilt gleichermaßen für die ASEAN und den East Asia Summit, aber vor allem für die von China initiierte Shanghai Cooperation Organization (SCO) und die Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB). Letztlich stehen alle existierenden Regionalformate unter dem starken Einfluss Chinas. Immer sind es die nicht verhandelbaren nationalen Interessen Chinas,

17 Ein häufig zitiertes Beispiel in diesem Kontext ist die von China initiierte Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank 2015 als ein direkt den Projekten der Seidenstraßeninitiative zugutekommendes Finanzierungsinstrument. Es ist allerdings eine offene Frage, inwiefern China hier eine von internationalen Kreditvergabestandards abweichendes Verhalten durchsetzen kann oder überhaupt will.

die dem bestehenden asiatischen Multilateralismus eine unverrückbare Grenze setzten. Vor allem der Schutz der territorialen Integrität bestimmt die diskursive Bandbreite von multilateralen Verhandlungen, an denen sich China beteiligt;¹⁸ aber auch Chinas Positionen im Hinblick auf die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer gegenüber seinen dortigen Anrainerstaaten («Spratly-Konflikt») sowie auf eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer gegenüber Japan («Diaoyutai/Senkaku-Konflikt»). Zudem verlangt China von seinen Partnern etwa in der ASEAN zunehmend eine chinafreundliche Positionierung in der Auseinandersetzung mit den USA, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs Anspruch auf die ordnungspolitische Gestaltung des asiatisch-pazifischen Raums unter ihrer Führung erheben. Die jüngste Unterzeichnung des »Regional Comprehensive Economic Partnership« im November 2020 mit der gegen den Willen der USA erfolgten Schaffung der größten Freihandelszone der Welt hat erneut unterstrichen, dass China bereits eine politische Führungsrolle in seiner Peripherie übernommen hat. Auch wenn der unmittelbare wirtschaftliche Nutzen dieses Abkommens als nicht übermäßig bedeutsam eingestuft wird, hat China damit einen wichtigen symbolischen Sieg in der Auseinandersetzung mit den USA um geopolitischen Einfluss in Asien erzielt und sich zumindest als regionale Vormacht weiter etabliert.¹⁹

3. China stellt »Clubgüter« für jene Staaten bereit, die den chinesischen Führungsanspruch akzeptieren oder ihn zumindest nicht aktiv infrage stellen. Vor allem umfassende Infrastrukturinvestitionen, günstige Kredite und auf den ersten Blick sehr vorteilhafte Handelsverträge haben China einen enormen wirtschaftlichen und politischen Einfluss nicht nur in Asien, sondern ebenfalls in Afrika, Lateinamerika und sogar in Osteuropa verschafft. Auch Sicherheit ist ein solches von China angebotenes Clubgut – etwa im Südchinesischen Meer, wenn jenen Staaten, die die chinesischen Souveränitätsansprüche tolerieren, angezeigt wird, im Gegenzug nicht länger militärische Drohungen fürchten zu müssen, und sie sogar die Zusage erhalten, das Südchinesische Meer gemeinsam mit China wirtschaftlich ausbeuten zu »dürfen«. Der Zugang zu diesen »Clubgütern« macht deren Nutznießer faktisch zu »Klientelstaaten« Chinas. Die Foren, in denen Beijing seine Beziehungen zu den unterschiedlichen Weltregionen organisiert,²⁰ verweisen insofern eher auf ein imperiales als ein hegemoniales Verhältnis, auch wenn dieses in die gut geübte

18 In der Regel müssen sich alle Staaten, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten oder spezielle Verträge mit der chinesischen Regierung schließen wollen, zur sogenannten »Ein China-Politik« bekennen und damit ihre Ablehnung einer Eigenstaatlichkeit Taiwans zum Ausdruck bringen. Auch dürfen sie auf offizieller Ebene keinerlei Sympathie für die tibetische Unabhängigkeitsbewegung oder für secessionistische Bestrebungen etwa in der westchinesischen Grenzprovinz Xinjiang zeigen.

19 Vgl. Hilpert 2021.

20 Das Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) wurde 2006 zum ersten Mal abgehalten, mit Folgetreffen auf der Ebene der Staatsführer in den Jahren 2015 und 2018. Das China – CELAC (Community of Latin American and Caribbean States) Forum wurde 2014 ins Leben gerufen und bisher zweimal, 2015 und 2019, abgehalten. Der

Terminologie gleichberechtigter zwischenstaatlicher Kooperation gekleidet wird. In den UN-Gremien, aber auch etwa in der Europäischen Union hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass sich die »Klientelstaaten« – man denke etwa an die osteuropäische Flanke der EU, aber auch an Griechenland und Deutschland – in politischem Wohlverhalten üben und harsche Kritik an China vermeiden; wenn Kritik überhaupt geäußert wird.²¹ Chinas Einfluss wird auch dort unübersehbar größer.

4. Wenngleich es (noch) fraglich ist, ob China einer *Grand Strategy* in seinem Bemühen um globale Einflussnahme folgt,²² so formuliert die chinesische Führung doch eine Mission auf ihrem Weg zu einem »großen und starken Land«: Der von Xi Jinping propagierte »Chinesische Traum« von einer »Wiederbelebung der chinesischen Nation« begründet eine dem Staat und jedem einzelnen Chinesen obliegende »heilige Mission«, China zu einem modernen, reichen, zivilisierten, autochthon-demokratischen und harmonischen Land zu machen.²³ Daran gekoppelt ist das Eintreten für einen »neuen Typus der internationalen Beziehungen«, der nicht mehr durch ein politisches Nullsummenspiel gekennzeichnet sei, sondern durch Konfliktvermeidung und friedliche Kooperation, solidarische Unterstützung und gegenseitigen Respekt für unterschiedliche Systeme und Entwicklungswege sowie durch wechselseitigen Nutzen, wobei China eine führende und gestalterische Rolle spielen wolle.²⁴ Chinesische (und auch einige westliche) Intellektuelle entwickeln derweil Vorstellungen für eine neue Weltordnung, die von einer modernisierten Form des chinesischen Zivilisationsparadigmas unter der traditionellen Bezeichnung *Tianxia* (Alles unter dem Himmel) inspiriert sein soll, mit dem China als

China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, auch als 17+1-Gipfel bezeichnet, wurde 2012 gegründet und organisiert alljährlich, in unterschiedlichen Formaten, Zusammentreffen der Teilnehmer, darunter zwölf EU-Mitgliedstaaten.

- 21 Allerdings gibt es inzwischen auch ein osteuropäisches *push back* gegen China, vor allem in der Tschechischen Republik, wo ein Konflikt innerhalb der Regierung über die Beziehungen zu China ausgebrochen ist und sich ein Teil der politischen Elite stärker Taiwan zuwenden will. Auch im Baltikum, in Litauen, will man zukünftig stärker mit Taiwan zusammenarbeiten. Insgesamt scheint sich in den faktischen und potenziellen »Klientelstaaten« Chinas zunehmender Widerstand gegen den imperialen Zugriff Beijings zu formieren, um etwa bestehende Abkommen über Investitionen und Kredite nachzuverhandeln oder, wie beispielsweise in Malaysia, ganz aus ihnen auszusteigen. Sie dazu auch jüngst Patey 2021.
- 22 Vgl. hierzu jüngst Beeson 2018; Goldstein 2020.
- 23 Ausformuliert hat KP-Generalsekretär Xi Jinping diese »Mission« zum ersten Mal während einer Rede anlässlich einer Ausstellung zur »nationalen Wiederbelebung« im Nationalmuseum in Beijing am 29. November 2012. Vgl. auch Brown 2018.
- 24 Vgl. dazu die jüngsten Ausführungen von Xi Jinping auf dem digital abgehaltenen Weltwirtschaftsforum von Davos im Januar 2021: <https://news.cgtn.com/news/2021-01-25/Xi-Jinping-Promote-a-new-type-of-international-relations-XltVM1Oan6/index.html> (Zugriff vom 29.01.2021).

wohlwollende, programmatisch der globalen Entwicklung und Wahrung des Weltfriedens verpflichtete Macht ausgewiesen wird.²⁵

5. Ein Imperium unterwirft sich keinerlei Regelsetzung durch eine »höhere Ordnung«: Das Gesetz des imperialen Zentrums hat prinzipiell Vorrang vor konkurrierenden Gesetzesnormen. Dies ist im chinesischen Fall bisher kaum deutlicher zutage getreten als durch die rigorose Ablehnung des vom Internationalen Schiedsgerichtshof 2016 gesprochenen Urteils in dem von den Philippinen angestrebten Verfahren zur Überprüfung der völkerrechtlichen Legitimität der chinesischen Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer – obwohl es auf der Grundlage der Internationalen Seerechtskonvention gefällt wurde, der China 1996 beigetreten ist. Nationales chinesisches Recht, basierend auf einer nationalistisch aufgeladenen Historiografie hinsichtlich der vermeintlichen Zugehörigkeit des gesamten Südchinesischen Meeres zum chinesischen Staatsgebiet, bricht hier kodifiziertes internationales Recht. Dabei stellt China das internationale Recht nicht *per se* infrage, wie sich schon an seiner aktiven Mitgliedschaft in den verschiedenen UN-Gremien sowie seiner Teilnahme an zahlreichen UN-Missionen zeigt. Aber dieses kann nie zur generellen Richtschnur des eigenen außenpolitischen Handelns werden, wenn eminente »nationale Interessen« wie die territoriale Integrität Chinas zur Disposition stehen. Das internationale Recht wird somit der Herrschaftslogik des chinesischen *Empire* unterstellt. Es entfaltet nur in dem Maße Bindungskraft, wie es diese Logik unangetastet lässt. Da das internationale Recht im Wesentlichen von der Kooperationsbereitschaft und dem Willen der Staatengemeinschaft abhängt, sich seinen Normen zu unterwerfen, gibt es außer normativen Appellen keine Sanktionen, die wirksam gegen China verhängt werden könnten. Inzwischen zeigt sich zunehmend, dass die südostasiatischen Anrainerstaaten eher einen Ausgleich mit China suchen, als sich das Imperium zum Feind zu machen – ungeachtet aller Maßnahmen, die die USA ergreifen, um im Südchinesischen Meer oder in der Straße von Taiwan militärische Präsenz zu zeigen, um den Staaten der Region ihre Bereitschaft zur Konfrontation mit China zu signalisieren.²⁶
6. Chinas Verhältnis zur »einzig verbliebenen Supermacht« folgt zunehmend der Logik eines imperialen Ausscheidungskampfes. Imperien geraten sich dann in die Quere, wenn sich ihre Einflussgebiete überschneiden. So ist es nicht verwunderlich, dass die Asien-Pazifik-Politik der USA von China immer mehr als Zumutung empfunden wird. In der postmaoistischen Ära profitierte China von einer »Sicherheitsdividende«, die die militärische Präsenz der USA auf der

25 Für eine umfassende Diskussion des *Tianxia*-Paradigmas und seine normative Relevanz für die heutige chinesische Außenpolitik siehe Wang 2017.

26 Gerade Taiwan ist dabei in den vergangenen Monaten besonders ins internationale Rampenlicht gerückt; vgl. etwa die Ausgabe der Zeitschrift *The Economist* vom 1. Mai 2021 mit der Taiwan gewidmeten Cover-Überschrift »The most dangerous place on earth« und einem langen Artikel zu der Frage, ob der Inselstaat zum Auslöser eines (Welt-)Krieges zwischen China und den USA werden könne.

koreanischen Halbinsel, in Japan und in den Weiten des pazifischen Ozeans für ganz Ostasien abwarf: Faktisch sorgten die USA für jene externe Stabilität, die China für die ungestörte Transformation seiner Volkswirtschaft brauchte. China »schaukelte« zwischen den Supermächten des Kalten Krieges und hielt sich aus der Weltpolitik weitgehend heraus: *taoguang yanghui*, »verberge Deine Fähigkeiten und warte den richtigen Zeitpunkt ab«, war die von Deng Xiaoping für diese Zeit ausgegebene außen- und sicherheitspolitische Losung.²⁷ Mit der Entstehung eines neuen imperialen Zentrums, die sich über nahezu 40 Jahre chinesischer Reform- und Öffnungspolitik hinzog, haben sich die Gewichte erkennbar stark verschoben. Im »Vorhof« Chinas hat der strategische Wettbewerber USA aus der heutigen Sicht Beijings nichts mehr zu suchen – schon gar nicht, wenn er gegen die Formierung einer neuen *Pax Sinica* in Asien ankämpfen will. Wie vor diesem Hintergrund ein »imperiales Arrangement« zwischen den USA und China aussehen könnte, ist derzeit ungewiss; gewiss ist aber aus historischer Perspektive, dass das Verhältnis zwischen Imperien meistens prekär und instabil ist.

3. Das werdende chinesische Imperium

Das China der Gegenwart sollte als ein modernes *Empire* begriffen werden, zumindest als ein *Empire* im Werden. Territorial erstreckt es sich, grob gesprochen, über den südostasiatischen und eurasischen Raum bis an die Grenzen Europas. Seine Einflussphäre schließt aber auch Afrika, Lateinamerika, den ozeanisch-pazifischen Raum sowie Ost- und Mitteleuropa mit ein, während seine »fluiden« Außengrenzen bei Westeuropa, Nordamerika, im Ostchinesischen Meer bei Japan und »irgendwo« im Westpazifik liegen.²⁸ Das imperiale Zentrum verfolgt, vor allem über die Bereitstellung des »Clubgutes« *Wirtschaftskooperation*, eine geoökonomisch definierte Expansionsstrategie, die wirtschaftliche und in deren Gefolge auch politische Abhängigkeiten schafft und die konzentrisch strukturierte Peripherie zunehmend auf das imperiale Zentrum ausrichtet. Begleitet wird dieser Prozess von einer systematischen Aufrüstung aller Teilstreitkräfte der chinesischen Volksbefreiungsarmee zur Absicherung der imperialen Interessen in der (globalen) Peripherie sowie zum Schutz der territorialen Integrität und Stabili-

27 Diese Formel soll Deng Xiaoping zwischen 1989 und 1991 als Kerndoktrin der chinesischen Außenpolitik formuliert haben, und zwar in folgender »Langfassung«: *lengjing guancha, wenzhu zhenjiao, chenzhuo yinfu, taoguang yanghui, yousuo zuowei*: Kühl beobachten, fest mit den Beinen auf dem Boden stehen, entschlossen reagieren, die eigenen Fähigkeiten verbergen und zu eigenem Nutzen handeln.

28 Inwiefern die Außenbeziehungen Chinas zu Russland, Japan und Indien imperiale Qualität haben, muss hier ausgeklammert bleiben. Während Russland ein »strategischer Partner« Chinas ist und insofern eine befreundete Macht, setzen Japan und Indien dem chinesischen *Empire* Widerstand entgegen, ohne selbst als Imperien aufzutreten.

tät des Zentrums.²⁹ Auf der ideologisch-legitimierenden Ebene sichert das imperiale Zentrum in Beijing sein Handeln im Innern durch eine nationalistische Mobilisierungsstrategie ab, die mit der Beschwörung des »chinesischen Traums« mit der ihm zugeordneten »Wiedererstehung der großen chinesischen Nation« jeden einzelnen Bürger in die Pflicht nimmt, das imperiale Credo nationaler (Wieder-)Erstarkung zu leben und zu verinnerlichen – und ihm gleichzeitig eine goldene Zukunft in Reichtum und Würde verspricht.

Die Peripherie folgt ihrerseits dem imperialen Zentrum auf der Grundlage ökonomischer Rationalitätskalküle sowie schlicht der Anerkennung der Macht des Faktischen. Sie wird gleichermaßen gebunden durch das Versprechen des Zentrums, seine Politik dauerhaft zum wechselseitigen Nutzen aller Teile des Imperiums zu gestalten und Garant für Frieden und Wohlstand zu sein. Gleichzeitig wird von der Peripherie verlangt, die politische Autorität des Zentrums anzuerkennen – vor allem durch den Verweis auf die daraus erwachsenen ökonomischen Vorteile, aber auch durch die Androhung von negativen Konsequenzen für den Fall politischer Unbotmäßigkeit. Dabei tritt das chinesische *Empire* nicht zu einer Zerstörung der bestehenden regionalen Ordnung in Asien (oder andernorts) an. Vielmehr überlagert es diese, indem es das Spiel der nach dem Hegemonieprinzip geordneten Staatenwelt mitspielt und sich als überzeugter Akteur multilateraler Regime und suprastaatlicher Organisationen sowie als Protagonist einer »multipolaren Weltordnung« inszeniert. Jedoch bestimmt China dabei jederzeit die Grenzen der zwischenstaatlichen Kooperation und profiliert sich zunehmend als *Gatekeeper* aller wichtigen Entscheidungen, die der regionale und globale Multilateralismus trifft. Das imperiale Zentrum bestimmt den Takt in der Peripherie, und die Peripherie spielt den Takt.

Abschließend sei daran erinnert, dass Imperien in der Regel nicht am Reißbrett entstehen. Sie sind in ihrem Frühstadium nicht das Ergebnis eines »großen Plans« weniger Akteure, sondern entstehen im Fahrwasser eines Prozesses wirtschaftlicher und politischer Kapazitätsbildung, der sich vor dem Hintergrund komplexer innerer und äußerer Anforderungen einer sich rapide verändernden »Systemumwelt« vollzieht. Chinas Leitmotiv des Aufstiegs zu einem einflussreichen, international anerkannten sowie überall respektierten Land führt in Verbindung mit seiner kontinentalen Größe sowie seinen Entwicklungsreserven und Innovationskapazitäten nahezu zwangsläufig zu einer modernen Imperiumsbildung.

Inzwischen, so hat die Ära Xi Jinping gezeigt, ist daraus auch der Anspruch erwachsen, zu einem globalen Normgeber zu werden, der das internationale System mit den »nationalen Interessen« Chinas kompatibel macht. Der übermächtige Generalsekretär, als der Xi Jinping heute erscheint, ist insofern eher die Manifestation eines unvermeidlichen strukturellen Wandels im internationalen System, der maßgeblich von China geprägt wird, als eine politische Idiosynkrasie, mit der

29 Mit seiner 2017 eröffneten Militärbasis in Dschibuti verfügt China über einen strategisch günstig gelegenen Anlaufpunkt für seine Marine. Dies wird überwiegend als Beweis für das sich allmählich herausbildende Interesse Chinas interpretiert, sein wirtschaftliches Engagement im Ausland militärisch abzusichern.

es spätestens aus biologischen Gründen irgendwann vorbei sein wird. Das heißt natürlich nicht, dass es irrelevant wäre, wer in China den Steuermann gibt. Xi Jinping macht sich den strukturellen Wandel im internationalen System entschlossen zunutze. Sein wichtigstes Ziel ist dabei dasselbe wie für alle seine Vorgänger: die Erhaltung der Macht der Kommunistischen Partei. Dafür betreibt er eine systematische Strategie der Verbindung aus ökonomischer Modernisierung und gleichzeitiger politischer Kontrolle auf allen Ebenen der chinesischen Gesellschaft, inzwischen angereichert durch einen neuen »Autarkiediskurs«, mit dem sich das imperiale Zentrum für eine lange Auseinandersetzung mit seinem einzigen Kontrahenten, den USA, rüstet – und dabei das »Entkoppelungs-Narrativ« ernst nimmt, als die übergroße Mehrheit der Beobachterinnen und Beobachter im Westen wahrhaben will.

Noch streiten man sich darüber, was dies alles für die Welt bedeutet – aber es ist sehr wahrscheinlich, dass das werdende chinesische *Empire* unsere gegenwärtigen Ordnungsvorstellungen erheblich verändern wird. Ob dies gut oder schlecht für den Weltfrieden ist, vermag zum jetzigen Zeitpunkt niemand zu sagen, und die Beantwortung dieser Frage hängt nicht allein von China ab. Klar ist: Eine wirtschaftliche und politische Ausgrenzung des neuen chinesischen *Empire*, oder gar eine militärische Konfrontation, ist nur mit hohen globalen Kosten möglich und daher nicht ratsam, gar unverantwortlich. Die Welt muss vielmehr lernen, mit China zu verhandeln – mit einer neuen Sprache, mit neuen und flexiblen Strategien, hart kämpfend um jeden Meter Boden; aber auch klug genug, einzusehen, dass es Grenzen für die Reichweite des eigenen Handelns und auch der eigenen Moralität gibt, die zumindest vorläufig nicht verrückt werden können. Zudem braucht es für diesen »Ringkampf« Regeln, die nicht allein im Westen geschrieben werden können. Ohne die Einsicht und das Selbstbewusstsein, dass alle Forderungen gegenüber China, inklusive normativer Ansprüche im Hinblick auf den Schutz universaler Menschenrechte, nur durch zähes und unbeirrbares Verhandeln, nicht aber durch Dämonisierung und »empörte« Abgrenzung durchgesetzt werden können, wird der Westen an der chinesischen Herausforderung scheitern. Zu einfach machte man es dann einem autoritären Regime, die imperiale Entfaltung Chinas politisch allein für seine Zwecke zu nutzen und die chinesische Bevölkerung auf dem Rücken eines geronnenen anti-westlichen Nationalismus dauerhaft gegen die »Barbaren« in Stellung zu bringen. Streitbare Kooperation ist die handlungspolitische Maxime, wie anstrengend und schwierig diese auch immer ist.³⁰

Zuvor aber sollten wir uns – erneut – eingehender mit der Geschichte der Machtlogik von Imperien beschäftigen, wenn wir den Aufstieg Chinas angemessen verstehen, seine Folgen sachgerecht einschätzen und realistische Handlungsoptionen im Umgang mit diesem Land entwickeln wollen.

30 Vgl. in diesem Kontext das lesenswerte Buch von Thomas Kleine-Brockhoff (2019).

Literatur

- Babones, Salvatore 2020. »From *Tianxia* to Tianxia: The Generalization of a Concept«, in *Chinese Political Science Review* 5, S. 131–147.
- Baumann, Rainer; Dingwerth, Klaus 2015. »Global Governance vs. Empire: Why World Order Moves towards Heterarchy and Hierarchy«, in *Journal of International Relations and Development* 18, S. 104–128.
- Beeson, Mark 2018. »Geoeconomics with Chinese Characteristics: The BRI and China's Evolving Grand Strategy«, in *Economic and Political Studies* 6, 3, S. 240–256.
- Brown, Kerry 2018. *The Culture of Chinese Communism and the Secret Sources of Its Power*. Cambridge: Polity Press.
- Burbank, Jane; Cooper, Frederick 2010. *Empires in World History: Power and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Cox, Michael 2005. »Empire by Denial: The Strange Case of the United States«, in *International Affairs* 81, 1, S. 15–30.
- Crooks, Peter; Parsons, Timothy H. Hrsg. 2016. *Empires and Bureaucracy in World History: From Late Antiquity to the Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Darwin, John 2007. *After Tamerlane: The Rise and Fall of Global Empires*. London: Penguin.
- Destradi, Sandra 2010. »Regional Powers and Their Strategies: Empire, Hegemony, and Leadership«, in *Review of International Studies* 36, S. 903–930.
- Ferguson, Yale H. 2008. »Approaches to Defining Empire and Characterizing United States Influence in the Contemporary World«, in *International Studies Perspectives* 9, 3, S. 272–280.
- Goldstein, Avery 2020. »China's Grand Strategy under Xi Jinping. Reassurance, Reform and Resistance«, in *International Security* 45, 1, S. 164–201.
- Hamilton, Clive; Ohlberg, Mareike 2020. *Die lautlose Eroberung: Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*. München: Deutsche Verlagsanstalt.
- Hilpert, Hanns Günther 2021. *Neue Handelsabkommen in Asien. Liberalisierung in geopolitischer Rivalität*. SWP aktuell 23A. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Kleine-Brockhoff, Thomas 2019. *Die Welt braucht den Westen. Neustart für eine liberale Ordnung*. Hamburg: Edition Körber.
- Kumar, Krishan 2017. *Visions of Empire: How Five Imperial Regimes Shaped the World*. Princeton: Princeton University Press.
- Mearsheimer, John 2014. *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W.W. Norton.
- Menzel, Ulrich 2015. »Einleitung«, in *Ulrich Menzel: Die Ordnung der Welt*, S. 29–65. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried 2005. *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – Vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Berlin: Rowohlt.
- Patey, Luke 2021. *How China Loses. The Pushback Against Chinese Global Ambitions*. New York: Oxford University Press.
- Prys, Miriam; Robel, Stefan 2011. »Hegemony, Not Empire«, in *Journal of International Relations and Development* 11, S. 247–279.
- Reichardt, Thomas 2020. *Das Feuer des Drachen: Was Chinesen antreibt, wo sie dominieren und warum sie über uns lachen*. München: dtv.
- Schubert, Gunter; Land, Rainer 2021. »China – ein werdendes Imperium?«, in *Berliner Debatte Initial* 32, 1, S. 70–81.
- Sieren, Frank 2013. *Angst vor China. Wie die neue Weltmacht unsere Krise nutzt*. München: Ullstein.
- Walt, Steven M. 2005. *Taming American Power: The Global Response to US Primacy*. New York, London: Norton.
- Wang, Ban 2017. *Chinese Visions of World Order*. Durham: Duke University Press.
- Womack, Brantly 2012. »Asymmetry and China's Tributary System«, in *The Chinese Journal of International Politics* 5, S. 37–54.

Zusammenfassung: Dieser Aufsatz setzt sich mit der Frage auseinander, inwiefern der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas als »imperial« zu begreifen ist und insofern nicht als »hegemonial«. Orientiert am Kriterienkatalog der Imperiumstheorie von Herfried Münkler, wird argumentiert, dass ein neues chinesisches *Empire* entsteht. Der »Westen« ist nicht angemessen auf diese Entwicklung eingestellt, weil die »imperiale Logik« der Machtentfaltung Chinas bisher noch nicht hinreichend reflektiert worden ist. Die Unterscheidung zwischen Hegemonie und Imperium kann einen Beitrag leisten, das weltpolitische Agieren Chinas sachgerecht zu interpretieren.

Stichworte: Imperium, Hegemonie, China, Peripheriepolitik

The Future of China – Empire, not Hegemony

Summary: This article examines to what extent the economic and political rise of China must be understood as »imperial« and not as »hegemonic«. It is argued, along the criteria of Herfried Münkler's theory of empire, that a new Chinese empire is in the making. The »West« is not adequately attuned to this development, because the »imperial logic« of China's expansion of power has not yet been sufficiently reflected upon. The distinction between hegemony and empire can make a contribution to a reasonable interpretation of China's behavior in world politics.

Keywords: empire, hegemony, China, periphery politics

Autor

Gunter Schubert
Lehrstuhl für Greater China Studies
Asien-Orient-Institut, Abteilung für Sinologie
Universität Tübingen
Keplerstraße 2
72074 Tübingen
Deutschland
gunter.schubert@uni-tuebingen.de